

widersprochen. Kroeber kritisiert die Vorstellung, dass China ein „super-efficient, low-cost manufacturing power and a global leader in cutting-edge technology“ sei. Vielmehr würde China derzeit lediglich ein kostengünstiger Produktionsstandort für ausländische Unternehmen sein. Diese Funktion werde auch an Bedeutung weiter zunehmen, da die ausländischen Unternehmen weiterhin Produktionskapazitäten nach China auslagerten, um in den Genuss der niedrigen Kosten und des wachsenden Konsumentenmarktes zu kommen. Die eigene chinesische Industrie dagegen verfüge erst über ein sehr niedriges Technologieniveau und träume lediglich von Hightech-Produkten: „But indigenous Chinese industry is lying on a low-technology bed and dreaming high-tech dreams“. Erst in vielen Jahren könnte damit gerechnet werden, dass diese Träume wahr werden.

Kroeber weist in seinem Kommentar darauf hin, dass von den Hightech-Produkten tatsächlich nur wenige hightech bzw. chinesischen Ursprungs seien. Vom gesamten Exportvolumen von Hightech-Produkten entfallen nur 20% auf diese Kategorie. Untersuchungen zeigten, dass diese Exporte Komponenten oder Produkte der Haushaltselektronik mit niedrigen Gewinnchancen seien, wie z.B. Laserdrucker oder DVD-Spieler. Rd. 85% der Exportprodukte stammten außerdem aus Unternehmen mit ausländischem Kapital; 61% der Produkte würden von Unternehmen in vollständigem Eigentum ausländischer Unternehmen hergestellt. Die lokale Wertschöpfung an den Hightech-Produkten belaufe sich auf lediglich 16%. (FT, 2.1.04) -schü-

SVR Hongkong

27 US-State Department für mehr Demokratie in Hongkong

Wenn die chinesische Führung auch nach den hochrangigen Treffen im letzten Jahr immer häufiger den guten Stand der bilateralen Beziehungen zu den USA hervorhebt („Ambassador

notes continued improvement in Sino-US ties“, XNA, 16.1.04), so bedeutet dies nicht, dass es keine Probleme gibt. Zwar hofft man in Beijing, dass die USA zu weiteren kritischen Aussagen gegen die Referendumspläne von Taiwans Präsident Chen zu bewegen sind, aber die Handelsprobleme sind bei weitem nicht beigelegt, den militärischen Aufrüstungsplänen der USA widerspricht China vehement („Streit USA-China lähmt Abrüstungskonferenz“, HB, 20.1.04) und auch im Hinblick auf Hongkong hat sich ein Streit entwickelt, der allerdings keine Überraschung ist, da die Standpunkte beider Seiten seit langem bekannt sind und auch des Öfteren geäußert wurden.

Den Unmut Beijings erregten diesmal Aussagen des Sprechers des US-State Departments sowie die des Senators Brownback. Der Sprecher Richard Boucher hatte am 3. Januar die starke Unterstützung der USA für die Demokratie in Hongkong zum Ausdruck gebracht und eine Wahlrechtsreform befürwortet. Die USA wollten sicherstellen, dass die Bevölkerung Hongkong „get their choice to design their system that's appropriate for them“ (WSJ, 10.1.04). US-Senator Brownback aus Kansas machte seine Aussagen am 9. Januar in Hongkong und bezeichnete dessen „Miniverfassung“, das Basic Law, als Hindernis auf dem Weg zur Freiheit: „The people of Hong Kong deserve to live in a true democracy where they elect their own leaders“ (WSJ, 9.1.04).

Auf die Äußerungen Brownbacks reagierten zunächst weder Beijing noch die Hongkonger Regierung. Anders war die Reaktion auf die Aussagen Bouchers. Schon unmittelbar darauf am 4. Januar nahm der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Kong Quan auf Fragen von Journalisten Stellung und wies Bouchers Worte als Einmischung in die internen Angelegenheiten zurück (XNA, 4.1.04, nach BBC PF, 6.1.04). In einer gewissen Eskalation des „verbalen Krieges“ wiederholte er diese Zurückweisung am 10. Januar, nachdem Boucher sich noch einmal zu seinem Plädoyer für demokratische Reformen bekannt hatte: „I regard them (his comments – gs) as entirely appropriate“ (ST, 12.1.04; WSJ, 12.1.04). Und am Tag darauf wandte sich Kong sogar noch einmal

gegen die Einmischungsversuche, wobei er diesmal auch auf Brownback einging. Die Hongkonger Justizministerin Elsie Leung betonte etwas zurückhaltender, dass die Revision des Basic Law allein die Sache Hongkongs sei und der Disput Beijings mit den USA nicht die kommenden Gespräche mit der chinesischen Regierung über die weitere Entwicklung Hongkongs beeinflussen würde (SCMP, 12.1.04; NZZ, 13.1.04). -gs-

28 Regierungserklärung Tung Chee-hwas geprägt von Debatte um Verfassungsänderungen und Großdemonstration am Neujahrstag

In politisch angespannter Atmosphäre gab Tung Chee-hwa am 7. Januar vor der Legislativversammlung seine jährliche Regierungserklärung (*shizheng baogao* bzw. *policy address*) ab. Eine Woche zuvor, am Neujahrstag, waren 100.000 Hongkonger auf die Straße gegangen, um für eine umfassende Reform des Wahlrechts zu demonstrieren. Dabei handelte es sich um die größte Protestkundgebung seit der Massendemonstration am 1. Juli letzten Jahres gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung der Administration Tung, an der eine halbe Million Menschen teilgenommen hatten. Die Neujahrs-Demonstranten forderten allgemeine Direktwahlen des Regierungschefs sowie aller Abgeordneter der Legislativversammlung.

Nach dem Hongkonger Grundgesetz (*Basic Law*) sind Direktwahlen ab 2007 möglich, allerdings bedarf es dafür Gesetzesänderungen und Konsultationen. Nachdem die Administration Tung im Dezember verkündet hatte, die Bekanntgabe eines Zeitplans für öffentliche Konsultationen über Verfassungsänderungen von Ende Dezember auf Anfang Januar zu verschieben, war die Regierungsrede mit Spannung erwartet worden. Die Hoffnungen des prodemokratischen Lagers wurden jedoch enttäuscht. Zwar stellte Tung die Bemühungen der Regierung um größere Nähe zur Bevölkerung zusammen mit dem Aufzeigen wirtschaftlicher Entwicklungstrends und Konsolidierungstrends und relevanter Regierungsmaßnahmen in seiner Erklärung mit dem Titel „Seizing

Opportunities for Development, Promoting People-based Government“ in den Mittelpunkt, den erwarteten Zeitrahmen für Beratungen mit der Öffentlichkeit legte er jedoch nicht vor.

Stattdessen verkündete Tung die Bildung einer Sonderkommission, die sich in dieser Frage um eine enge Abstimmung mit der Zentralregierung in Beijing bemühen soll. Geleitet wird die neue Kommission von Verwaltungsmminister Donald Tsang, der in der Hierarchie der Hongkonger Administration hinter Tung an zweiter Stelle steht. Weitere Mitglieder sind unter anderem die Justizministerin Elsie Leung sowie der Minister für Verfassungsangelegenheiten Stephen Lam. Die Sonderkommission soll mögliche Änderungen des *Basic Law* hinsichtlich politischer Reformen untersuchen und die zuständigen Stellen der Zentralregierung konsultieren. Die Hongkonger Administration wolle jedoch die Hongkonger Öffentlichkeit dazu ermutigen, sich dieser Frage weiterhin „rational“ zu widmen, sodass so bald wie möglich relevante Vereinbarungen getroffen werden könnten.

Erwartungsgemäß hagelte es nach Bekanntgabe dieser neuen Maßnahmen Kritik aus dem prodemokratischen Lager. Die Entscheidung, Beijing zum jetzigen Zeitpunkt in den Konsultationsprozess mit einzubeziehen, sei gleichbedeutend mit einer Einladung zur Einmischung in die Angelegenheiten der Sonderverwaltungsregion und unterminiere ihre Autonomie. Scharf verurteilt wurde, dass Tung keinen Zeitplan für Konsultationen mit der Öffentlichkeit vorlegte. Zudem wurden Warnungen laut, dass diese „Abfuhr“ an die Forderungen weiter Teile der Öffentlichkeit nach beschleunigten demokratischen Reformen die Unzufriedenheit mit der Regierung weiter verstärken und eine erneute Welle von Massenprotesten hervorrufen werde. Die Demokratie-Aktivistin Emily Lau sprach von einem „enormen Rückschritt“ und wertet die Rede Tungs als Aufruf, die Debatte über politische Reformen in Hongkong einzustellen.

Von den politischen Verbündeten der Tung-Administration wurde die Gründung der Sonderkommission hingegen als wichtige Entscheidung verteidigt, da Beijing eine zentrale Rolle in diesem Prozess zukomme; die Ansicht

ten der parteistaatlichen Führung einzuholen sei gemäß den Bestimmungen des *Basic Law* erlaubt. Die Beijing-nahe Allianz für die Verbesserung Hongkongs begrüßte die jüngste Entscheidung Tungs, und betonte, dass ein Zeitplan zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der Verfassungsreformen nach den Konsultationen mit Beijing bekannt gegeben werden könne. Auch James Tien, Vorsitzender der Liberalen Partei, bewertet die Sonderkommission positiv, da sie dazu beitrage, das gegenseitige Verständnis des *Basic Law* zu erweitern.

Ferner gab Tung Chee-hwa in seiner Regierungserklärung bekannt, dass Staats- und Parteichef Hu Jintao im Dezember letzten Jahres während des Besuchs von Tung in der Hauptstadt (vgl. C.a., 2003/12, Ü 29) seiner tiefen Besorgnis über die politische Entwicklung in der Sonderverwaltungsregion Ausdruck verliehen habe. Viele Kommentatoren deuteten diese Bemerkung als Aufruf Hu Jintaos, der an Dynamik zunehmenden Demokratiebewegung Einhalt zu gebieten. Diese Deutung verhärtete sich durch die Äußerungen des festländischen Rechtsexperten und Mitverfassers des *Basic Law*, Xiao Weiyun, der Mitte des Monats die allgemeine Direktwahl des Regierungschefs der Sonderverwaltungszone im Jahre 2007 als mit der Verfassung unvereinbar bezeichnete. Eine Wahl bereits zehn Jahre nach der Übergabe widerspreche dem Prinzip des *Basic Law*, das einen „graduellen und geregelten Prozess“ vorschreibt. Das „Endziel“, allgemeine Wahlen, sei nicht als kurzfristige, sondern als langfristige Zielsetzung für die Zeit etwa 50 Jahre nach der Übergabe konzipiert worden. Weitestgehend einig sind sich Beobachter darüber, dass sich diese Ansichten des chinesischen Rechtsexperten mit denen der Zentralregierung decken. Beijing habe damit ein klares Signal gesetzt und den demokratischen Reformen in der Sonderverwaltungszone eine deutliche Absage erteilt.

Die Zentralregierung in Beijing scheint weiterhin darauf zu setzen, dass die Forderungen der Hongkonger nach demokratischen Reformen durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Sonderverwaltungsregion verstummen werden. Wie Tung Chee-hwa in seiner Regierungserklä-

rung betont, befindet sich die Hongkonger Wirtschaft nach Jahren extremer Schwierigkeiten tatsächlich wieder im Aufwärtstrend. Ursächlich dafür sind insbesondere Impulse vom Festland. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielsweise das Ankurbeln des Hongkonger Tourismus nach der SARS-Krise durch festlandchinesische Urlauber sowie die Erholung der Hongkonger Börse vor allem durch milliarden-schwere chinesische Aktienemissionen. Ob ein wirtschaftlicher Aufschwung den Wunsch der Hongkonger nach mehr politischer Partizipation wirklich vermindern wird, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig sieht es jedoch ganz danach aus, als ob die Beijinger Hoffnungen nicht erfüllt würden. Denn die Regierungserklärung Tung Chee-hwas und die Äußerungen des festländischen Rechtsexperten Xiao Weiyun haben die Debatte über Verfassungsreformen erneut angeheizt. (Regierungserklärung im vollen chinesischen und englischen Wortlaut unter: <http://www.policyaddress.gov.hk/pa04/chi/pdf/speech.pdf> bzw. <http://www.policyaddress.gov.hk/pa04/eng/pdf/speech.pdf>; SCMP, 8.1.04, nach BBC PF, 9.1., 27.1.04; NZZ, 8.1.04; FAZ, 10.1.04; WSJ, 12.1.04; IHT, 22.1.04) -bk-

29 Investitionen ins Bildungswesen weiterhin wichtig

Für Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa behält das Bildungswesen weiterhin Priorität. In seiner Neujahrsansprache, in der er die Politik für 2004 erläuterte, versprach er, dass die Regierung weiter „substanziell“ ins Bildungswesen investieren werde, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Investitionen ins Bildungswesen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Hongkonger Arbeitskräfte stellten das wichtigste Instrument dar, um Hongkongs Wirtschaft neu zu strukturieren und eine auf Wissen basierende Wirtschaft aufzubauen. Gegenwärtig machten die öffentlichen Bildungsausgaben 25 Prozent des gesamten Hongkonger Staatshaushalts aus. Daran soll sich offensichtlich auch nichts ändern, obwohl Tung dies nicht klar zum Ausdruck brachte.

Was den tertiären Bildungsbereich angeht, so betonte Tung, die Regierung werde diesen auch weiterhin unterstützen, schlug aber vor, die Universitäten sollten sich spezialisieren und auf diese Weise Exzellenz erreichen. Anfang 2001 hatte die Regierung beschlossen, die Zuwendungen für die Universitäten zu kürzen, was heftige Kritik von Seiten der Hochschulen hervorrief. Die eingesparten Mittel werden dem Bildungssektor jedoch nicht entzogen, sondern in den Primar- und Sekundarschulsektor gesteckt (vgl. dazu C.a., 2001/2, Ü 42 u. 2003/11, Ü 24).

Im Sekundarschulbereich möchte Tung den Anteil der Absolventen mit Hochschulreife erhöhen. Dieser Anteil, so Tung, habe sich in den letzten Jahren von 30 auf 48 Prozent erhöht, müsse jedoch noch mehr wachsen. Bereits vor Jahren hatte Tung dafür plädiert, die Übergangsrate zur Hochschule bis 2010 auf 60 Prozent zu erhöhen (vgl. C.a., 2000/11, Ü 42).

Zur Reform des Bildungswesens insgesamt sagte der Regierungschef, er wisse, dass sie viel Unruhe verursacht habe, dennoch gebe es keine Alternative. Die Richtung stehe fest, man wolle aber behutsamer vorgehen. Die Struktur des Schulwesens soll vom bisherigen System 6+5+2+3 (6 Jahre Primarschule, 7 Jahre Sekundarschule einschließlich 2 Jahre Matrikulation, 3 Jahre Hochschule) geändert werden in 6 Jahre Primarschule, 3 Jahre untere und drei Jahre obere Sekundarschule, 4 Jahre Hochschule. Damit würde die Struktur derjenigen Festlandchinas angeglichen. Tung versprach, dass diese Änderungen durch öffentliche Konsultationen vorbereitet werden sollen und die Bevölkerung den Zeitplan der Einführung mitbestimmen könne. Die Strukturreform war bereits 1999 ins Auge gefasst worden. (Vgl. XNA, 7.1.04.) -st-

SVR Macau

30 Neue Grenzstation zur Bewältigung des Touristenstroms eröffnet

Macaus neues Grenzkontrollgebäude, das an die Gongbei-Zollstation in der Stadt Zhuhai in der Nachbarprovinz Guangdong angrenzt, wurde am 15. Januar fertig gestellt und mit einer Feier eröffnet. Das neue Gebäude hat zwei Stockwerke: der untere Teil ist für die Ankunft reserviert, der obere für die Abreise. Die Grundsteinlegung war am 28. Dezember 2001 erfolgt. Die alte, 1993 in Betrieb genommene Grenzstation soll Mitte Februar abgerissen werden. Die neue Grenzstation hat 134,8 Mio. MPtc (16,85 Mio. US\$) gekostet und ist das größte seit der Gründung der SVRM fertig gestellte Infrastrukturprojekt. Sie kann täglich 310.000 Reisende – doppelt so viele wie bisher – und 240.000 Fahrzeuge abfertigen. Die Abfertigungskapazität der alten Kontrollstation lag normalerweise bei 140.000 Personen, doch während der chinesischen Neujahrswoche kamen täglich schon 190.000 Besucher, sodass Tausende im Freien warten mussten. Die Zahl der Touristen, die über die Grenzstation zwischen Macau und Zhuhai einreisen, ist im Jahr 2003 um 21% auf 5,79 Mio. gestiegen. Das neue Gebäude soll in den nächsten zehn Jahren den erwarteten weiteren Touristenanstrom bewältigen helfen. Bei der Eröffnungszeremonie waren neben Regierungschef Edmund Ho und Macaus Minister für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long auch der Vizegouverneur von Guangdong Tang Bingquan anwesend. Zum Grenzkontrollprojekt gehört noch der Bau eines öffentlichen Platzes und eines Bahnhofs für öffentliche Verkehrsmittel, der im Oktober abgeschlossen sein soll.

Die Reiseerleichterungen der VR China bei Einzelreisen nach Macau (und Hongkong) (Facilitated Individual Travel, FIT) seit Juli 2003 haben die Auswirkungen von SARS im Tourismusbereich mehr als wettgemacht. Mit 11,89 Mio. Touristen, ein Plus von 3,1% gegenüber 2002, konnte 2003 er-

neut ein Rekord aufgestellt werden. Nach vom Statistikamt Macaus am 15. Januar veröffentlichten Zahlen konnte letzten Dezember ein zweistelliger Zuwachs im Vergleich zum Dezember 2002 erzielt werden: Die Zahl der Touristen stieg um 14,7% auf 1,2 Mio., wobei 55,6% vom Festland kamen.

Rechtzeitig zum Chinesischen Neujahrsfest eröffnete die Macau Gaming Holding Company (Sociedade de Jogos de Macau, SJM) von Kasinokönig Stanley Ho am 21. Januar ihr 12. Kasino. Das Macau Jockey Club Casino ist im Grandview Hotel auf der Insel Taipa untergebracht. Durch das neue Kasino erhöht sich die Zahl der Spieltische der SJM auf über 450. Im Januar, einem wegen der häuslichen Aktivitäten zum Neujahrsfest eher ertragsschwachen Monat, stiegen die täglichen Einnahmen der SJM im Vergleich zum Januar 2003 um 30% auf 80 Mio. MPtc (10 Mio. US\$). In den ersten zehn Monaten 2003 beliefen sich die Einnahmen der SJM vor Abzug von Steuern auf 22,4 Mrd. MPtc (2,8 Mrd. US\$). (XNA, 15., 21.1., 2.2.04; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 15.1.04) -ljk-

31 Kriminalstatistik 2003

Macaus Kriminalstatistik weist für das vergangene Jahr einen deutlichen Rückgang bei Schwerverbrechen auf, während leichte Straftaten zunahmen. Die Zahlen wurden am 4. Februar von Sicherheitsminister Cheong Kuok Va bekannt gegeben. Brandstiftung, Drogenhandel und Kidnapping sind danach um 20%, 15,9% bzw. 33,3% gesunken. Insgesamt wurden im Jahr 2003 9.920 Straftaten registriert, 832 Fälle (ein Plus von 9,2%) mehr als 2002. Dies ist in erster Linie auf die Zunahme bei den leichten Straftaten zurückzuführen. Im letzten Jahr hat es neun Morde gegeben (2002 waren es nur drei), von denen sieben bereits aufgeklärt werden konnten. Bei Erpressung gab es 12 Fälle mehr als 2002. Die Zahl der Gewaltverbrechen stieg 2003 um 12,4%, da die Fälle von Raub um 79 zunahmen. Verbrechen zum Schaden des gesellschaftlichen Lebens nahmen weiter ab: Brandstiftung um 12 Fälle auf 48, Dokumentenfälschung um 150 Fälle auf